

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntag und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 184
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hamm

Anzeigenpreis 30 Pfennig

die 1 Spalt. 20 Zeilen und oben
oben Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 85 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 49.

Herford, Montag, den 28. Februar 1921

39. Jahrgang.

Das Neueste vom Tage.

Der Reichswirtschaftsrat sprach sich in seiner
Sonntags-Sitzung für die Washingtoner Be-
schlüsse über internationalen Arbeiterschutz aus.

Gegen die von den Polen erhobene Forderung der
Abtretung des rechten Weichselufers bis an
die Höhen von Marienwerder sind in Ost- und Westpreußen
zahlreiche Proteste erhoben worden.

In einer Erklärung stellt sich der deutsche
Juristenbund geschlossen hinter die deutschen Abge-
ordneten für London.

Die Vertreter der Alliierten traten am
gestrigen Sonntag im Londoner Schahamte zu einer
Sonderberatung zusammen.

Viviani lehnte dem Vorsitzenden des Abrüstungs-
ausschusses des Völkerbundes gegenüber eine Abrüstung
ab mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland noch
durchaus imperialistisch und reaktionär sei.

Der Verwaltungsrat des französischen
Allgemeinen Arbeiterverbandes sprach sich
kritisch gegen eine beabsichtigte Lohnverminderung
in einzelnen Industrien aus.

Anstatt in Porto Rosa soll die Konferenz der
Nachfolgerstaaten von Österreich-Ungarn in Rom
stattfinden.

Zu lärmenden Szenen gegen die Venezie-
liken kam es am Schluß der griechischen Nationalver-
sammlung am Freitag.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel soll am Frei-
tag Tiflis eingenommen und geplündert sein.

Der britische Botschafter in Washington wurde
beauftragt, einen Versuch zur Vermittlung zwi-
schen Amerika und Japan hinsichtlich der Frage der
Kabel im Stillen Ozean zu unternehmen.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Endgiltige Vorschriften.

Wth. Oppeln, 26. Februar. Die interalliierte Kommission gab
die Bestimmungen über die Abstimmung in Oberschlesien als Ergän-
zung zu dem am 31. 12. veröffentlichten Wahlreglement heraus.
Die Abstimmung findet am 20. 3. für das gesamte oberschlesische
Gebiet und alle stimmberechtigten Kategorien statt. Der Passier-
schein gilt als Paß und muß vom paritätischen Ausschuss des Ortes
bezeugt werden, in dem abgestimmt wird. Passierscheine gelten
gleichzeitig als Wahlkarten. Die Abstimmung erfolgt mit Stimm-
zetteln aus weißem Papier mit schwarzem Druck. Eine Kategorie
trägt den Vermerk „Polen-Polen“ und eine andere den „Deutsch-
land-Niemcy“. Umschläge und Urne liefert die Regierungskom-
mission. Die Abstimmung dauert von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr.

Rundgebungen für Sowjetrußland.

Ausschreitungen des internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten.

Der Großherzogin Bau des internationalen Bundes der Kriegs-
beschädigten veranstaltete am Sonntag vormittag eine Massenver-
sammlung im Lustgarten, an der etwa 12 000 Personen teilnahmen.
Der Vorsitzende Karl Tiedt wandte sich gegen die Verschleppung der
Forderungen der Kriegsbeschädigten und verlangte eine Beschleunig-
ung der Auszahlungen der Renten. Dann bildete sich ein Demon-
strationszug, in dessen Reihen zahlreiche Plakate und rote Fahnen
mit Aufschriften getragen wurden. Die meisten der Fahnen zeigten
den goldenen Sowjetstern. Im Zuge wurde eine Tragbahre mit
einem mit dem Eisernen Kreuz geschmückten schwarzen Sarg getra-
gen mit der Aufschrift: „Das neue Versorgungsgeheim“. Der Zug
bewegte sich nach dem Reichsarbeitsministerium. Unterwegs ereig-
ten sich zahlreiche Zwischenfälle. Der gesamte Fahrzeugverkehr wurde
lahmgelegt. Einzelne Straßenbahnfahrer wurden tätlich angegrif-
fen. Zu einem Zusammenstoß mit der Schutzpolizei kam es am
Alexanderplatz, wo die Demonstranten ein Lastauto mit Schutzpoli-
zisten umzingelten. Den Ordern gelang es schließlich, die Menge
zum Weitergehen zu veranlassen. Mit Niederrufen auf die Schutz-
polizei und Hochrufen auf die dritte Internationale und Sowjetruß-
land ging es weiter. Da das Arbeitsministerium in der Schan-
zenstraße von einer Hundertschaft der Schutzpolizei besetzt war,
bewegte sich der Zug nach dem Invalidenhaus, wo Tiedt abermals
eine Ansprache hielt und mit einem Hoch auf die Weltrevolution
schloß. Dann löste sich der Zug auf.

Simons Abreise nach London.

Ruhig Blut behalten.

Wth. Berlin, 28. Februar. Die deutsche Delegation hat am Son-
ntag 12 Uhr mittags unter der Führung des Außenministers Dr.
Simons vom Potsdamer Bahnhof im Sonderzuge Berlin ver-
lassen, um sich über Nachen nach London zu begeben. Der Salon-
wagen, der zur größeren Hälfte aus einem Konferenzzimmer be-
stand, war für Minister Dr. Simons, die Staatssekretäre Dr. Schrö-
der und Bergmann vom Reichsfinanzministerium, Minister Kerveld,
General von Seelt, Ministerialrat von Seulte, Geh. Ober-Reg.-Rat
Stellinger, den bayerischen Staatsrat Erzengel, Meinell und Ober-
Reg.-Rat Krimmer und die bayerischen Sachverständigen für die Ein-
wohnervermehrung hergerichtet. Insbesondere bestand die Delegation
mit den Hilfskräften aus 55 Personen. Da die Abfahrt der Dele-
gation nur wenig bekannt geworden war, hatte sich eine verhältnis-
mäßig nur kleine Anzahl von Zuschauern eingefunden. Am unlieb-
samen Zwischenfällen vorzubeugen, fand eine genaue Kontrolle durch
Kriminalbeamte statt. Ein starkes Kommando von Polizeibeamten
war in der Nähe des Bahnhofes untergebracht. Als sich der Zug
pünktlich um 12 Uhr in Bewegung setzte, wurden dem Außenminister
lebhafteste Ovationen dargebracht. Von allen Seiten ertönten die
Rufe „Heil Simons! Nicht nachgeben!“

Wth. Berlin, 28. Februar. Die deutsche Delegation ist heute
mittags vom Potsdamer Bahnhof abgefahren. Zur Verabschiedung
war der Reichskanzler auf dem Bahnhof erschienen, wo er mit dem
Minister des Auswärtigen in längerem Gespräch verweilte. Unter den
anwesenden Vertretern der Regierung befanden sich die Staats-
sekretäre Albert und von Haniel und eine Reihe von Beamten der
Reichskanzlei, des auswärtigen Amtes und der übrigen Ministerien.

Wth. Basel, 28. Februar. Der „New York Herald“ berichtet, daß
Harding gegen eine weitere Besetzung deutschen Gebietes durch
Frankreich oder englische Truppen im Falle des Scheiterns der
Londoner Konferenz sein Veto einlegen wird, wodurch die bisher
vorhandene stillschweigende Solidarität der Amerikaner mit den
Alliierten in die Brüche gehen würde.

Wth. London, 27. Februar. „Wall Mall Gazette and Globe“
zufolge ist der nächste Mittwoch jezt als derjenige Tag festgelegt
worden, an dem die deutschen Delegierten zum ersten Male auf der
Konferenz erscheinen werden. „Evening Standard“ schreibt: Briand
hat eine Erklärung über militärische Schritte gegeben, die vielleicht
unternommen werden und es ist gemeldet worden, daß französische
Truppen bereitstehen, um einzuziehen. Es würde töricht sein zu
denken, daß diese Maßnahmen dem britischen Publikum angenehm
sein würden. Solange England und Frankreich zusammenhalten,
ist der Ausblick gut. Es darf daher nur eine alliierte Politik ge-
trieben werden.

Wth. London, 26. Februar. Die deutschen Delegierten sind, wie
verlautet, während ihres hiesigen Aufenthaltes Gäste der britischen
Regierung.

Wth. Düsseldorf, 26. Februar. Die hier am Sonntag abgehaltene Konferenz
von Vertretern der Mehrheitsparteien aus dem gesamten Rhein-
gebiete nahm hinsichtlich der Pariser Forderungen der Entente ein-
stimmig eine Resolution an, in der es u. a. heißt: „Die Pariser
Beschlüsse sind in ihrer Auswirkung für das Wirtschaftsleben und
damit für die Arbeiterkreise Deutschlands unerträglich. Die sozialdemo-
kratische Arbeiterklasse protestiert deshalb auf das entschiedenste gegen diese Beschlüsse. Sie lehnt ihr Recht zu
diesem Protest aus der Haltung der deutschen Sozialdemokratie ab,
welche die Pflicht Deutschlands zur Wiedergutmachung anerkennt,
soweit die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft gewahrt bleibt.
Sie lehnt jede nationalstatische Ausbeutung der Protestbewegung ab
und verlangt entschieden eine Politik im Reiche und in den deut-
schen Einzelstaaten, welche unter Befähigung aller nationalstatischen
Treiberen der Völkerverständigung gehen.“ Diese Resolution soll in
den nächsten Tagen in den in Bezirken des umfassen Rheingebietes
einberufenen Protestversammlungen zur Annahme empfohlen
werden.

Die Stärke der deutschen Stellung in London darf,
wie sehr richtig im Märzheft der „Deutschen Nation“ betont

Zusammenstöße in Italien.

Wth. Rom, 26. Februar. Die Blätter berichten aus Bari über
einen Zusammenstoß zwischen Faschisten und Sozialisten. In Miner-
pino und Marcia zündeten die Faschisten mehrere Güterzüge an. Sechs
Personen wurden getötet. — Auch in anderen Ortschaften Apuliens
kam es zu Zusammenstößen. In Terlizzi wurde die Arbeiterkammer
in Brand gesteckt. — In Mirabella in der Provinz Ferrara wurden
bei einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Sozialisten zwei
Personen getötet. In Modena veranstalteten Faschisten einen Umzug
gegen sozialistische Abgeordnete.

Die Meldung bestätigt erneut die gespannten Verhältnisse, unter
denen Italien leidet. Sie gibt eine Erklärung für die hier und da
zum Ausdruck gekommene machtvolle Haltung der italienischen Re-
gierung Deutschland gegenüber.

wird, nicht unterschätzt werden. Alle Gelüste des Gegners,
seine Macht zu vergrößern, seine Sicherheit zu erhöhen und
Deutschland niederzuhalten, werden überwogen von seinem
Bedürfnis nach Geld und Kredit. Er will und muß die
Finanznot der Welt beheben, die Lloyd George in Birming-
ham so beredt geschildert hat. Für das große Sanierungs-
unternehmen der Alliierten haben unsichere deutsche Raten-
zahlungen keinen Wert, auch wenn sie von Jahr zu Jahr
steigen; große Kredite müssen unverzüglich beschafft werden.
Ihre Pläne sehen deshalb eine Kapitalisierung der deutschen
Leistungen vor. Geldgeber sind aber stets nur für sichere
Kapitalanlagen zu haben. Anweisungen, deren Einlösung
unwahrscheinlich ist, können nicht begeben werden. Auch
wenn sie von allen Alliierten indossiert sind. Die Frage der
Kriegsschuldengleichung läuft letzten Endes auf die richtige Be-
wertung der deutschen Leistungsfähigkeit hinaus. Von der
deutschen Unterschrift, vom deutschen Ja und Nein hängt
der wirkliche Wert der hundert Milliarden ab. Deutsche
Leistungen haben keinen Kurswert, wenn nicht lediglich der
Feindbund für ihre Eintreibung verbürgt. Die Sanktionen
werden von keiner Börse der Welt als eine genügende
Deckung für die deutschen Schuldansprüche angesehen
werden.

Herr Koch ist nach London zitiert worden.
Der Zweck dieser Berufung ist klar: Deutschland soll ein-
gepflichtet werden. Gute politische Psychologen hatten
schon vor Wochen vorausgesagt, daß vor der Londoner Kon-
ferenz Herr Koch entweder eine große Inspektionsreise im
Rheinland unternehmen oder aber in London als große
Vogelscheuche gegen uns aufgezogen werden würde. Das
letzte ist eingetroffen. Gewiß die Entente hat alle Gewalt
und wir sind wehrlos. Aber in der Wiedergutmachungs-
frage läßt sich mit Gewalt verteidelt wenig ausrichten. Die
Summen, um die es sich hier handelt, sind durch keinen
feindlichen Einmarsch zu beschlagnahmen. Sie können nur
aufgebracht werden, wenn Deutschland sich ohne gewalt-
tätigen Zwang für ihre Erarbeitung mit seiner ganzen Kraft
einsetzt. Die Ententeleute sind darum schlechte Psychologen,
wenn sie glauben, daß diese Vogelscheuchepolitik auf
Deutschland in dieser Frage Eindruck macht. Jene Politik
dient lediglich zur Vergiftung der Atmosphäre, fördert aber
die Lösung der Reparationsfrage in keiner Weise.

Die nächsten Tage werden zeigen, was wir für unsere
Zukunft zu erwarten haben. Es ist aber nötig, ruhig
Blut zu behalten und mit Recht schreibt Reichsmini-
ster a. D. Schiffer im „Leipziger Tageblatt“: „Mit Eifer
stürzt sich der deutsche Leser auf jede Mitteilung über Reden
der Ententestaatsmänner und Äußerungen der Entente-
presse. Natürlich nimmt er alles, was ihm darin geboten
wird, für bare Münze und gibt bereitwillig seine Herzen
zum Objekt für die Angriffe her, die mit kühler Berechnung
von der anderen Seite auf sie gemacht werden. Hier wäre
äußere und innere Zurückhaltung wirklich mehr am Platze.
Die planmäßige Stimmungsmache, wie sie vom Auslande
gegen uns betrieben wird, verwirrt das Urteil und jermüht
den Willen. Beides aber tut uns — und zwar nicht bloß
den führenden Staatsmännern, sondern dem ganzen Volke
in dieser furchtbar ernsten Zeit bitter not. Auf der Lon-
doner Konferenz wird so ziemlich der Komplex aller mens-
lichen Möglichkeiten aufgerollt werden. Es wird sich keines-
wegs nur um wirtschaftliche, sondern auch um höchst poli-
tische Fragen handeln. Daß wir sie richtig erkennen und
behandeln, entscheidet über unser Schicksal.“

Reichstag.

Die ganze Sitzung dauerte am Sonntag nur zwei knappe
Stunden und spielte sich vor fast leeren Bänken ab. Die Zuhörer
dürften aber trotzdem auf ihre Kosten gekommen sein, denn sie wur-
den Zeuge einer neuen recht unfreundlichen Auseinandersetzung zwi-
schen Verwanden eines häuslichen Streits im sozialistischen Lager.
Schon am Freitag hatte am Schluß der Sitzung namens der Anab-
hängigen Dr. Rosenfeld verhandelt, seinen Antrag, in dem die Auf-
hebung der bayerischen Einwohnervoten, also fozuzagen die Reichs-
exekution gegen Bayern, verlangt wird, auf die Tagesordnung der
Sonntagsitzung zu bringen. Vizepräsident Dr. Bell hatte der
Sache zunächst die Spitze mit gütlichem Zureden abgebrochen. Man
könne sich darüber ja noch morgen unterhalten. Die Unabhängigen
brachten also ihren Antrag prompt zum Glat des Reichspräsidenten
ein, der am Sonntag als erster Punkt auf der Tagesordnung
stand. Das war aber nicht die Meinung Dr. Bells gewesen und
noch weniger die der anderen Parteien. Der Demokrat Dr. Bach-
miche verwies vielmehr den hartnäckigen Antragsteller in Ueberein-

Samstag mit allen anderen Rednern aus dem Hause auf den Etat des Reichskanzlers, zu dem die Sache allein gehöre. Für ihre Niederlage wollten die Besiegten aber Genugtuung, und als nachher der Etat des Reichspräsidenten endgültig zur Debatte stand, zog Herr Hofenfeld gegen diesen nach allen Regeln der Kunst vom Leder. Die persönlichen Späßen brachten die Mehrheit sehr rasch in Harnisch und es regnete Zurufe. Die Sozialdemokraten waren um so ärgerlicher, als ihr erster Redner absichtlich zum Guten geredet hatte. Als der Abg. Wolf Hofmann die Sache auf den Gipfel trieb, rief ihm der sozialdemokratische Abg. Müller-Franken ein „Clown“ zu, worauf die sicherlich präparierte Antwort kam: „Es sei der beste Witz, daß Müller einmal Reichskanzler werden konnte!“ Die bürgerlichen Parteien ließen die Streitenden begreiflicherweise ganz unter sich und so fiel der Brand schließlich aus Mangel an neuem Material in sich zusammen. Der Etat wurde gegen Unabhängigkeit und Kommunisten angenommen. Beim Pensionsfonds beschwerte sich der Abg. Meyer-Zwickau darüber, daß bei den Versorgungsämtern allzuviel alte Offiziere eingestellt seien, was dem nach dem Kapp-Putsch gegebenen Versprechen der Demokratisierung der Verwaltung zuwiderlaufe. Der Haushalt des Reichsmilitärgerichts ging ganz ohne Debatte vorüber, und nachdem man schließlich noch den Etat des Reichsfinanzministeriums als „zu weites Feld“ abgelehnt hatte, ging man auseinander, um den auswärts wohnenden Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, wenigstens den Sonntag bei ihrer Familie zu verleben. Heute, Montag, steht als erster Punkt die Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes auf der Tagesordnung.

Herford u. Minden-Haroldsberg.

28. Februar.

Siedeln!

„Gemeinnützige Siedlung Herford G. m. b. H.“

Unter dem Namen „Gemeinnützige Siedlung Herford G. m. b. H.“ ist am 18. d. Mts. eine Gesellschaft gegründet, deren Zweck es ist, unter Heranziehung aller Bevölkerungskreise Siedlungen zu errichten.

Wenn gleich ja die Bestrebungen dieser Art wegen der ungeheuren Notlage des Wohnungsmarktes schon in sich selbst begründet sind, so erscheint es doch angebracht über die Entstehung und die weiteren Absichten des Unternehmens einiges mitzuteilen.

Schon im Herbst v. Js. waren industrielle Kreise zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wenn man der Wohnungsnot wirklich begegnen wolle, dies nur dadurch möglich sei, daß in großzügiger Weise die Erbauung von Wohnungen betrieben werden müsse. Ebenso sehr war man aber auch davon überzeugt, daß man das nicht allein der Stadt, die ohnehin schwer unter den finanziellen Lasten zu leiden hat, überlassen könnte, sondern, daß dazu auch das Privatkapital in erheblichem Umfang herangezogen werden müsse. Bei den wiederholten Besprechungen, die alsbald einsetzten, wurde darauf hingewiesen, daß das Wohnungswesen mit all seinen verderblichen Einflüssen auf die Gesundheit und Moral des Volkes gar nicht schimmern genug geschildert werden könne.

Die Beschlagnahme von Wohnungen hätte sicher bald ihr Ende erreicht, ohne daß damit eine wirkliche Hilfe geleistet wäre. Des Weiteren aber wurde wohl mit Recht hervorgehoben, daß es gelte, der drohenden Arbeitslosigkeit zu begegnen und daß ferner an einer regen Bautätigkeit alle gewerblichen Kreise das größte Interesse schon um ihrer selbst Willen haben müßten. Als bald nach der Bewilligung der Reichs- und Staatszuschüsse ist nun zunächst die Errichtung von etwa 250 Wohnungen auf dem städtischen Gelände an der Bismarckstraße in Aussicht genommen. Der Magistrat der Stadt Herford wird, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, an der wir nicht zweifeln, den zum Bau der Wohnungen erforderlichen Grund und Boden kostenlos an die Siedlung abtreten und außer den Pflichtanteilen an den Reichs- und Staatsdarlehen ein Sonderdarlehen von etwa 20 000 M für jede Wohnung unter sehr günstigen Bedingungen gewähren. Zur Bedingung ist allerdings gemacht, daß das von privater Seite aufzubringende Kapital eine Höhe von mindestens 2 000 000 M erreicht. Daß diese Summe aufkommen wird, hoffen wir bei der Opferfreudigkeit unserer Mitbürger bestimmt. An alle Kreise der Bevölkerung ergeht die Bitte, diesem Unternehmen das weitgehendste Interesse entgegen zu bringen und dem durch Zeichnung von Gesellschaftsanteilen,

deren geringster Betrag 1000 M beträgt, Ausdruck zu geben. Hier ist ein Werk im Werden, wie es sozialer nicht gedacht werden kann und an welchem alle Kreise der Bevölkerung sich beteiligen können. Soweit das einzelnen Personen nicht möglich sein sollte, wird sich die Gesellschaft mit den betr. Berufsvertretungen, Gewerkschaften usw. ins Benehmen setzen. Wie wir hören, haben die letzteren die Angelegenheit bereits aufgegriffen.

Die bisherigen Zeichnungen belaufen sich auf etwa 900 000 M. Die Gemeinnützigkeit des Unternehmens ist dadurch sichergestellt, daß die Dividende höchstens 4 Prozent betragen darf und daß bei Auflösung der Gesellschaft das über die Stammanteile hinausgehende vorhandene Vermögen der Gesellschaft der Stadt Herford zu gemeinnützigen Zwecken zufällt.

In der letzten Gesellschafts-Versammlung wurden als Mitglieder des Aufsichtsrates gewählt:

1. Oberbürgermeister Busse,
2. Gewerkschaftssekretär Kleh,
3. Fabrikant E. Nolting,
4. Fabrikant F. Bockmann,
5. Direktor Baruch,
6. Baugewerksmeister H. Grefelmeier,
7. Stadthandelsrat Ochs.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt:

1. Stadtkämmerer a. D. H. Jall,
2. Stadtrechtsrat H. Tiemann.

Die Geschäftsstelle befindet sich im Rathaus (Kämmerei-Kasse), wofür jede Auskunft bereitwillig erteilt wird.

Handelsvertreterwünsche.

Zusammenkunft der Handelsvertreter

von Bielefeld-Herford e. V.

Aus dem Handelskammerbezirk Herford-Bielefeld-Deinold-Minden waren am Sonnabend nachmittag im Hotel „Zur Post“ die Mitglieder des Vereins der Handelsvertreter, etwa 50 an der Zahl, zusammengekommen, um über gemeinsame Interessen zu beraten. Die Aussprache war eine recht rege und zeigte, wie sehr neuerliche Verordnungen in bezug auf Steuerfragen, die die Angehörigen der Vereinigung betreffen, das Interesse weckten. Auf die Bedeutung solcher Zusammenkünfte hinweisend, wies auch der Vorsitzende, Herr K. a. m. p. Bielefeld, in einem Rückblick auf vergangene Zeiten und in einem Ausblick auf die Zukunft des Volkes und Staates darauf hin, daß der Verein mit aller ihm zur Verfügung stehenden Kraft ganze Arbeit in dieser Zeit zu leisten habe, um seine Interessen mehr denn zuvor zu wahren und zu fördern. Der Vorstand allein aber könne — so führte der Vorsitzende weiter aus — die Arbeit, die zu leisten sei, nicht bewältigen, dazu gehöre die Mitarbeit aller Mitglieder, denen die Aufgabe des Werkens zufalle. Nicht ohne eine gewisse Absicht habe die letzte Generalversammlung den Beschluß gefaßt, alle vier Wochen eine Mitgliederversammlung abzuhalten; denn viel Arbeit harre der Erledigung, die namentlich in der Bekämpfung der bekannten Laster der Handelsvertreter, Sozialisierung, Kommunalisierung und wie die diversen Neuerungen alle heißen mögen, zu suchen ist und tatkräftige Mithilfe aller Mitglieder erfordere. Wenn höhere Beiträge neuerdings für den Verein gefordert würden, so liege das in den Zeitverhältnissen begründet; fänden sich Einwände dagegen, so dürfe man seinen Unmut nicht durch Austritts-erklärungen kundgeben, sondern müsse bedenken, daß ohne Geldmittel kein Verein existieren kann. Nur erhöhte Werbetätigkeit bringe die Mitglieder zum Ziele.

Aus den Eingängen, die zum Teil internen Charakter hatten, erwähnen wir die geplante Herabsetzung der Provisionen der Handelsvertreter. Die diversen Zweige des Geschäftslebens der Textil-, Baumwoll- und Leinwand-, Zuckerwaren-, Kaffee-, Kaffee-Erzeugnisse- und sonstiger Branchen sind beim Zentralverbande vorstellig geworden, um der drohenden Herabsetzung der Provisionen zu begegnen. Der Vorsitzende konnte der Versammlung die erfreuliche Tatsache mitteilen, daß der Zentralverband in Berlin in dieser Frage erfolgreich gearbeitet hat, der auf diesem für die Handelsvertreter außerordentlich wichtigen Gebiete in zahlreichen Fällen eingegriffen und Provisionsherabsetzungen verhindert hat. — Im Anschluß an diese Erklä-

rungen des Vorsitzenden betonte der Syndikus des Vereins Herr Rechtsanwalt Dr. K. a. m. p., die unablässige Notwendigkeit des Anschlusses des Vereins an die Handelskammer. Bei den bevorstehenden Handelskammerwahlen in Bielefeld müsse der Verein einen Vertreter nominieren und zu diesem Zwecke müßten auch die Firmen sich ins Handelsregister eintragen lassen. Anknüpfend hieran hielt der Syndikus ein ihm übertragene Referat über

„Das Umsatzsteuer-Privileg des Zwischenhandels“.

Eine Frage von eminent wichtiger Bedeutung bezüglich des Umsatzsteuergesetzes beschäftigt weite Kreise der Kaufmannschaft, die sich zum Teil über sie noch im Unklaren befinden. Man stoße auf Schwierigkeiten, die der Lösung dürfen. Nach dem § 1 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 unterliegen alle Lieferungen und sonstige Leistungen der Steuer, die jemand gegen Entgelt ausführt. Nicht nur alle Lieferungen, sondern auch sämtliche Leistungen sind umsatzsteuerpflichtig; auch die Provisionen der Handelsvertreter sind danach steuerpflichtig. Der Vertreter des Handels fällt nicht unter die Personen, die die Lieferungen, sondern das Entgelt der Lieferungen zu steuern haben. Unter einer Lieferung ist zu verstehen, wenn der Lieferant dem Abnehmer die Verfügung über eine Sache verschafft. Der Handelsvertreter kann hierbei nicht in Frage kommen, weil er nur vermittelt, ebenso wie der Spedition. Der Lieferant hat von dem Umsatz 1/2 Prozent zu zahlen, darf aber in der Rechnung an den Abnehmer dies nicht ausdrücken. Die Besteuerung des Zwischenhandels führt nun zu unerfreulichen Resultaten, einmal zu ungleicher Besteuerung, die der Konsument zu tragen hat, zum anderen wird durch die Besteuerung eine Ausschaltung des durchaus nützlichen Zwischenhandels herbeigeführt. Aus diesen Gründen ist das Zwischenhandelsprivileg geschaffen, dessen § 7 lautet:

„Bei der Abwicklung mehrerer von verschiedenen Unternehmen über dieselben Gegenstände oder über Gegenstände gleicher Art abgeschlossenen Umschlaggeschäften sind nur die Lieferungen derjenigen Unternehmen steuerpflichtig, die den unmittelbaren Abnehmer der Sache liefern. Der Uebertragungsbesitz der Sache durch einen Unternehmer stellt die Uebertragung durch denjenigen gleich, der die Gegenstände aus dem Lager eines besonderen mit dem Unternehmer abgeschlossenen Vertrages für diesen bezieht, es sei denn, daß er lediglich die Beförderung der Gegenstände übernommen hat.“

Die Versammlung erkannte, daß man es hier mit einem durchaus nicht leichten Materie zu tun habe, die denn auch alsbald viel umstritten wurde. Aber der Herr Syndikus zeigte sich als lebenswärtiger Euerone, der das Schicksal durch die Klappen zu steuern wußte. Wenn der Zwischenhändler umsatzsteuerfreie Geschäfte abschließt, so entsteht die Frage, ob nun der Zwischenhändler wenigstens seinen wahren als Entgelt für Leistungen gemäß § 1 des Gesetzes versteuern habe? Nein! Nach dem Gesetz braucht der Zwischenhändler keine Umsatzsteuer zu zahlen, wenn er die Sache gemäß § 7 abschließt; der vom Zwischenhändler erzielte Gewinn ist aufgrund des § 7 vollkommen steuerfrei laut einer Entscheidung des Reichsfinanzhofes. Der Vertreter wies darauf hin, daß es unbillig sei, daß der Handelsvertreter seine Provisionen versteuern müsse, obwohl er nicht in der Lage sei, die Steuer abzuwälzen.

Die Aussprache, in die auch Herr Menneking von Finanzanteile eingriff, dehnte sich längere Zeit aus und wurden immer wieder neue Fragen aufgeworfen, die der Referent bereitwillig beantwortete. Auch Herr Menneking setzte sich mit letzterem über verschiedene Fragen auseinander, pflichtete dem Syndikus aber grundsätzlich bei, wieweil auf seine in der Presse wiederholt veröffentlichten Aufsätze über Steuerfragen. Die Versammlung nahm naturgemäß reges Interesse an all diesen Ausführungen und erledigte darauf unter „Verschiedenes“ noch einige inter- Angelegenheiten, um gegen 8 Uhr auseinanderzugehen.

h. Vom Sonntag. Der letzte Februarsonntag brachte nicht vollen Umfang das, was die Spaziergänger von ihm erwarteten, was er nach den vorausgegangenen schönen Sonntagen dieses Februars zu erwarten versprach. Während der Wochensonne herzerfreulich, wohlige Temperatur aufwies, machte gestern um die Zeit, als viele Naturfreunde sich zum gewöhn-

Barfüßle

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte

42 von Berthold Auerbach.

Am ersten Wirtshause vor dem Tore fuhren sie ein, und Amrei sagte, als sie mit Johannes in der Stube war und dieser einen guten Kaffee bestellt hatte: „Die Welt ist doch prächtig eingerichtet! Da haben die Leute ein Haus hergestellt und Stühle und Bänke und Tische und eine Küche, darauf brennt das Feuer, und da haben sie Kaffee und Milch und Zucker und das schöne Geschirr, und das richten sie alles her, wie wenn wir's bestellt hätten, und wenn wir weiterkommen, sind immer wieder Leute da und Häuser und alles drin. Es ist gerade wie im Märlein: Tischlein, deck dich!“

„Aber Amrei! aus dem Saß gehst auch dazu“, sagte Johannes, griff in die Tasche und holte eine Handvoll Geld heraus, „ohne das kriegst du nichts.“

„Ja, freilich“, sagte Amrei, „wer diese Räder hat, der kann durch die Welt rollen. Sag, Johannes, hat dir je in deinem Leben ein Kaffee so geschmeckt wie der? Und das frische Weißbrot! Du hast mir zu viel bestellt; wir können das nicht alles ertragen (aufessen). Das Weißbrot, das steck ich zu mir; aber es ist schade um den guten Kaffee; o, wie manchem Armen tat der wohl, und wir müssen ihn da stehen lassen, und du mußt ihn doch bezahlen!“

„Das macht nichts, man kann's nicht so genau nehmen in der Welt.“

„Ja, ja, du hast recht, ich bin halt noch genau gewöhnt; mußt mir's nicht übelnehmen, wenn ich so was sage, es geschieht im Unverstand.“

„Das hast du leicht sagen, weil du weißt, daß du geschickt bist.“ Amrei stand bald auf, sie glühte vor Hitze, und als sie jetzt vor dem Spiegel stand, rief sie laut: „O lieber Gott, bin ich denn das? Ich kenn' mich gar nicht mehr.“

„Aber ich kenn' dich“, sagte Johannes, „du heißt Amrei und Barfüßle und Salzgräfin, aber das ist noch nicht genug, du kriegst jetzt noch einen Namen dazu: Landfriedbäuerin ist auch nicht übel.“

„O lieber Gott! Kann denn das sein? Ich mein' jetzt, es wäre nicht möglich.“

„Ja, es gibt noch harte Bretter zu bohren, aber das ficht mich nichts an. Jetzt leg' dich ein wenig schlafen, ich will demselben nach einem Bernerwägle umschauen; du kommst am Tag nicht mit mir reiten, und wir brauchen ohnedies eins.“

„Ich kann nicht schlafen, ich muß noch einen Brief nach Baldenbrunn schreiben; ich bin so fort und hab' doch auch viel Gutes gewonnen da, und hab' auch noch andere Sachen anzugeben.“

„Ja, mach' das, bis ich wiederkomm.“

Johannes ging davon, und Amrei schaute ihm mit seltsamen Gedanken nach: Da geht er und gehört doch zu dir. Und wie er so stolz geht! Ist es denn möglich, daß es wahr ist, er ist dein? ... Er schaut nicht mehr um, aber der Hund, der mit ihm geht, Amrei winkt ihm und lockt ihn, und richtig, da kommt er zurückgerannt. Sie ging ihm vor das Haus entgegen, und als er an ihr hinaufsprang, sagte sie: „Ja, ja, schon gut, es ist recht von dir, daß du bei mir bleibst, daß ich nicht so allein bin; aber jetzt komm herein, ich muß schreiben.“

Sie schrieb einen großen Brief an den Schultheiß in Baldenbrunn, dankte der ganzen Gemeinde für die Wohlthaten, die sie empfangen hatte, und versprach, einsmals ein Kind aus dem Ort zu sich zu nehmen, wenn sie es machen könne, und verpflichtete nochmals den Schultheiß, daß man der schwarzen Marann ihr Gesangsbuch unter den Kopf lege. Als sie den Brief aufgestellte, preßte sie ihre Lippen dabei zusammen und sagte: „So, jetzt bin ich fertig mit dem, was in Baldenbrunn noch lebt.“ Sie riß aber doch schnell den Brief wieder auf, denn sie hielt es für ihre Pflicht, Johannes zu zeigen, was sie geschrieben hatte. Dieser aber kam lange nicht, und Amrei erregte, als die gepredigte Wirtin sagte: „Ihr Mann hat wohl auf dem Amt zu tun?“ Daß Johannes zum erstenmal ihr Mann genannt wurde, das traf sie tief ins Herz.

Sie konnte nicht antworten, und die Wirtin sah sie stumm an. Amrei wußte sich vor ihren seltsamen Blicken nicht anders zu helfen, als indem sie vor das Haus ging und dort auf aufgeschalteten Brettern mit dem Hunde saß und auf Johannes wartete. Sie streifte den Hund und schaute ihm tief glücklich in die treuen Augen. — Kein Tier sucht und verläßt den anhaltenden Menschen-

blick, nur dem Hunde scheint das gegeben, aber auch sein Auge wird bald, und er blinzelt gern aus der Ferne.

Wie ist doch die Welt aus einmal so rätselhaft und so offenbar! Amrei ging mit dem Hunde hinein in den Stall, sah zu, was der Schimmel fraß, und sagte: „Ja, lieber Silbertrab, laß dir nur schmecken, und bring' uns gut heim. Und Gott gebe, daß wir uns allen gut geht.“

Johannes kam lange nicht, und als sie ihn endlich sah, ging sie auf ihn zu und sagte: „Gott, wenn du wieder was zu besorgen hast, auf der Reise, nimmst mich mit?“

„So? Ist dir's bang geworden? Hast gemeint, ich wär' dumm?“

„Ja, wie wär's, wenn ich dich jetzt da sitzen ließ und davonritt?“

Amrei zuckte zusammen, dann sagte sie streng: „Just wilst du nicht. Mit so etwas seinen Spaß haben, das ist zum Erbsinnen einfallig! Du dauerst nicht, daß du das getan hast; du hast damit was getan, es ist böß, wenn du es weißt, und böß, wenn du es nicht weißt. Du willst mir davonreiten und meinst, jetzt soll ich zum Spaß heulen? Meinst du vielleicht, weil du den Gaul mit Geld, wärst du der Herr? Nein, dein Gaul hat uns beide mitgenommen, und ich bin mit dir gegangen. Wie meinst, wenn ich den Spaß machte und sagen tat: Wie wär's, wenn ich dich da sitzen ließ? Du dauerst mich, daß du den Spaß gemacht hast.“

„Ja, ja, du sollst recht haben, aber hör' doch jetzt einmal auf! Nein, ich red' so lang noch was in mir ist von einer Sache, die ich die Beleidigung bin, und an mir ist es, von der Sache auszugehen, wenn ich will. Und dich selber hast du auch beleidigt, den, der kein sollst und der auch bist. Wenn ein andres was sagt, was nicht recht ist, kann ich darüber wegspringen; aber an dir darf ich nicht schimpfen, weil du glaubst, mit so was Spaß machen, das ist grad, wie wenn man mit dem Kruzifix da Puppe spielen wollte.“

„Oho! So arg ist's nicht; aber allem Anschein nach verzeihst du keinen Spaß.“

„Ich versteh' wohl, das wirst du schon erfahren, aber nicht mit so etwas, und jetzt ist's gut. Jetzt bin ich fertig und denke mich mehr dran.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Landrat.

Der Major.

Der Vorstand.

Schulentlassene:

Gute Schulzeugnisse erforderlich.
Louis Ranzow,
G. m. b. H.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines an-

Hertford i. W.

!! Hals- und Lungenleidende !!
erhalten kostenlos ausführliche Broschüre durch
„Pharindha“-Gesellschaft m.b.H., Berlin SW 68.

Dienstags und Freitags
von 7½ bis 11 Uhr

**KÜNSTLER-
KONZERT.**

Heute nachmittag 6 Uhr:
Damenprobe.

Wiederbringer erh. Belohnung.
Düngel, Gutenbergsstr.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Btg. unter 15300.

Größe 38, billig zu verkaufen.
Nachfragen unter Nr. 15293
an die Geschäftsst. dies. Blg.

Hollandstraße 27. Einfahrt: Endebutt. Telefon 986.
Ständiger Verkauf

Alt-Eisen, Lumpen, Metallen, Pferdehaar.

Dazu: Das große Beiprogramm!
Zeitig kommen! Zeitig kommen!

an das Telefonnetz angeschlossen.
Wilhelm Dreßen, Hansastraße 17.
 Generalvertreter der Perleberger Versicherungs-
 Aktien-Gesellschaft.

gelten bis auf weiteres folgende Preise:

offenfertig . . der Bentner M.
gespalten
Eisenstücke der Bentner am

Haus (innerb. Stadtgrenze) 75 Pfg. je Btr.

H. Wille & Co., Herford

Zwei völlig geübte

sosort gesucht

Verordn. d. Reichs- u. Provinzial-Verordnungs-Commissions vom 1. April 1874.

ohne Rücksicht auf die Höhe der be-

lediglich über Diskontbeträge (Nr. 1) nur abzugeben, soweit es sich um

Erklärung gleichzeitig mit der Einkommensteuererklärung besteht, ist die Einkommensteuererklärung.

Verpflichtung zur Abgabe einer
Einkommensteuererklärung nicht besteh

1921 einschließlich festgesetzt.
Die Steuererklärungen werden den

zur Abgabe der Kapitalertrag

groß der Magistrate und Aemter in

werden (§ 170 der Reichsabgabenordnung).

beantworten. Die Steuererklärungen sind endlich in der Zeit von 9—12 Uhr

Grund des § 44 des Einkommen

n 1—20fachen Beträge der Hinterzahn

24. Februar 1921. Finanzamt.

delßregister A Nr. 719 ist heute die
unter der Firma Gebr. Seltmann in T

haftende Gesellschafter sind die
na und Eduard Jostina, beide in D

Das Amtsgerico